

Riefner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Fernerstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 70.

Dienstag, 24. März 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftigige Anzeigenunterlage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Curtius klärt die Franzosen auf.

* Paris. Der „Matin“ veröffentlicht ein Telegramm Dr. Curtius an den außerpolitischen Berichterstatter des Hauses, Sauerwein, das dieser kurz vor seiner Abreise aus Berlin erhielt.

Dr. Curtius bedauert darin, nicht an den Pariser Arbeiten des Europäischen Organisationsausschusses teilnehmen zu können. Er habe stets betont, daß die Außenminister der verschiedenen Länder in künftiger Fühlung miteinander bleiben müßten, um die Arbeiten der einzelnen Ausschüsse zu fördern. Er hoffe, daß die Pariser Konferenz zu einem Erfolge führen und eine Grundlage für die Mai-Sitzung bilden werde. Deutschland, das am meisten unter der Wirtschaftskrise leide, sei außerordentlich stark an einem Erfolge der Arbeiten des Organisationsausschusses interessiert und sei bereit, mit aller Kraft an dem Werk einer europäischen Verständigung mitzuwirken. Deutschland sei jedoch zu seinem großen Bedauern zu der Feststellung genötigt, daß alle Bemühungen, auf internationalem Wege zu einer Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu gelangen, erfolglos geblieben seien. Man brauche sich nur an den tiefen Eindruck zu erinnern, den der Bericht Solkins in Genf hinterlassen habe und in dem ausdrücklich festgelegt sei, daß alle Bemühungen des Völkerbundes zur Behebung der Wirtschaftskrisen als gescheitert angesehen werden müßten. Alle diese Enttäuschungen hätten Deutschland zu der Überzeugung geführt, daß man den Rahmen wesentlich kleiner gestalten müsse, denn es sei unmöglich, die verschiedenen Interessen so vieler Länder im Augenblick einer so schweren Wirtschaftskrise wie der letzten unter einen Hut zu bringen.

Dr. Curtius erinnert sodann an die feinerzeitigen Erklärungen Schobers, der für die Schaffung eines europäischen Staatenbundes zwei Möglichkeiten sah: einmal den Zusammenbruch aller Staaten, der jedoch angesichts der verschiedenen Interessen sehr langer Vorbereitungsbedürfe, und zum anderen regionale Zusammenkünfte solcher Staaten, deren Interessen sich ohne große Schwierigkeiten einander angleichen ließen.

Diese Staaten könnten dann als Block dem europäischen Staatenbund beitreten. Deutschland und Oesterreich hätten beschlossen, diesen Weg einzuschlagen. Es sei ein Abkommen getroffen worden, wonach beide Länder sofort in Verhandlungen eintreten würden, um einen Zollvertrag abzuschließen, der die gegenseitigen Interessen auf dem Gebiete der Zoll- und Wirtschaftspolitik harmonisieren solle. Diese Verhandlungen würden von dem Grundgedanken der Achtung der vollen wirtschaftlichen Unabhängigkeit beider Länder getragen sein. Man könne dieses Abkommen daher nicht mit gewissen Zollvereinbarungen vergleichen, die die wirtschaftliche Angleichung des einen Landes an das andere forderten. Von besonderer Wichtigkeit für die Arbeiten des Europäischen Organisationsausschusses sei die Bereitwilligkeit der beiden Regierungen, ähnliche Regelungen auch mit anderen Regierungen zu treffen. Deutschland und Oesterreich trügen auf diese Weise am besten zur Bewirkung des paneuropäischen Gedanken bei und zur Festigung des europäischen und des Weltfriedens.

Zur Frage der Reichstagsvertagung.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichsterrat des Reichstages hielt heute Dienstag eine Sitzung ab, der eine Besprechung des Präsidenten und einiger Vertreter der Parteien mit dem Reichstagskanzler vorausging. Hauptgegenstand der Beratungen des Reichsterrates war die Frage der Reichstagsvertagung, über die aber noch keine Ueber einstimmung erzielt wurde. Dem Reichsterrat wurde der Wunsch der Regierung vorgetragen, den Reichstag bis zum Oktober zu verlegen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, da verschiedene Fraktionen erst noch zu dieser Frage Stellung nehmen wollen. Es gilt aber als wahrscheinlich, daß eine Mehrheit für eine Vertagung bis zu einem bestimmten Tage im Oktober zustande kommt. Eine frühere Einberufung des Reichstages wäre dadurch nicht unmöglich gemacht, da eine Mehrheit immer die Einberufung durchsetzen kann.

Der Arbeitsplan für die nächsten Tage ist vom Reichsterrat so eingeteilt worden, daß die Arbeiten des Reichstages am Freitag abgeschlossen werden können. Die dritte Beratung des Etats wird heute noch nicht abgeschlossen und die Schlussabstimmungen werden erst am Mittwoch erledigt. Weiter wurde im Reichsterrat über den Antrag verhandelt, das Bildwörterbuch aus dem Reichstage zu entfernen; der Reichsterrat hat sich dafür geäußert, daß das Bild hängen bleibt.

„Graf Zepelin“ wieder fahrtbereit.

X Friedrichshafen. Nach einer Pause von dreieinhalb Monaten nimmt das Luftschiff „Graf Zepelin“ dieser Tage seine Passagierfahrten wieder auf. Kapitän Ledemann teilte auf Anfrage mit, daß die übliche Vertikalfahrt vor dem ersten Start am Mittwoch oder Donnerstag früh stattfinden wird. Die Fahrt, an der verschiedene Gäste teilnehmen werden, wird sich über den Bodensee erstrecken und einige Stunden in Anspruch nehmen. Sie dient weiteren Versuchsflügen. Am kommenden Sonntag wird dann zur ersten Passagierfahrt nach Guben, die im Auftrage des Ungarischen Automobilklubs ausgeführt wird, gestartet. Der Start ist für 11 Uhr nachts vorgesehen.

Die neuen Steuerforderungen vom Reichstag bewilligt.

Reichstagsmehrheit für die sozialistischen Anträge. — Zahlreiche Strafverfolgungen genehmigt.

vda. Berlin, 23. März 1931.

Reichstagspräsident Lohse eröffnet die Reichstags-Sitzung um 4 Uhr.

Die zunächst auf der Tagesordnung stehenden Abstimmungen über Steueranträge werden zurückgestellt.

Es steht dann die von den Sozialdemokraten beantragte

Änderung des Lichtspielgesetzes

zur dritten Beratung, wonach verbotene Filme vor bestimmten Personenzuständen vorgeführt werden dürfen.

Ein Antrag auf Aufschubüberweisung wird abgelehnt. Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab, da dadurch die ganze Filmzensur untergraben werde. Zum mindesten sei die Maß-Vorschrift in eine Kann-Vorschrift umzuwandeln.

Abg. Schmidt-Rassek (Chr.-Soa.) weist gleichfalls darauf hin, daß nach dem Wortlaut des Antrages jeder nicht ausgelassene Film zur Vorführung vor bestimmten Personenzuständen zugelassen werden müßte, daß es sich also um eine untragbare Vorschrift handele. Der Entwurf schaffe unerträgliche Zustände und verleihe das öffentliche Leben; er zwinge geradezu zu Protesten. Man könne von einer Gelegenheitsgeheimhaltung schlimmer Art sprechen.

Abg. von Uebelner-Wildan (Komm.) befürchtet, daß das Ansehen der geschloffenen Körperlichkeiten durch derartige Gesetze schwer gefährdet werde. Es müsse daher gewarnt werden, aus stimmungs politischen Beweggründen heraus Gesetze zu machen. Der Staat besitze sich durch Annahme dieser Vorlage des Einflusses auf das wichtigste öffentliche Propagandamittel in dem Augenblick, wo der Reichstagsminister den Kampf gegen den Kultur Bolschewismus führen wolle.

Inzwischen ist ein Zentrumsantrag eingegangen, den Entwurf dahin abzuändern, daß die Maß-Vorschrift durch eine Kann-Vorschrift ersetzt wird und daß außerdem die Vorführung von Filmen dann auch in geschlossenen Gesellschaften nicht zulässig sein soll, wenn sie wegen entsetzlicher oder verwerflicher Wirkung, wegen Verletzung des religiösen Empfindens, wegen Gefährdung der Sicherheit des Staates oder deswegen verboten worden sind, weil sie den allgemeinen Strafgesetzen zuwiderlaufen.

Abg. Dr. Bönninghoff (Soa.) erklärt, es handele sich allerdings um eine Gelegenheitsgesetzgebung. Die Filmoberprüfungsstelle habe in letzter Zeit eine politisch bedenkliche Tätigkeit entfaltet und sich dem Diktat der Reichsradikalen auf der Straße gebeugt. Da müsse allerdings die erste Gelegenheit wahrgenommen werden, um die schlimmsten Auswirkungen dieser Filmzensur zu unterbinden. Mißbräuchen werde schon dadurch begegnet, daß die Zulassung unter beschränkenden Vorführungsbedingungen erfolgen solle.

Reichstagsminister Dr. Wirth legt unter Hinweis auf die Fassung des Antrages über das Wesen der französischen Fremdenlegation die Notwendigkeit dar, die Kann-Vorschrift anzuwenden; sie sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Abg. Frhr. von Thüngen (Landvolk) wirft der Linken vor, daß sie mit ihrer augenblicklichen Mehrheit Beschlässe fassen, die der Mehrheit und dem Willen des deutschen Volkes zweifellos nicht entsprechen. Die Linke wolle die augenblickliche Situation ausnutzen; aber sie könnte schließlich vielleicht durch dieses Vorgehen bei denjenigen, die heute noch im Hause seien, so starke Verärgerung hervorrufen, daß es möglicherweise nicht mehr zur Beschlußfähigkeit lange. Mit dieser Vorlage schaffe man sich die Verhängung, von der man so oft spreche, sondern Gehe bis zur äußersten Notlage an.

Frau Abg. Dr. Max (Dt. Volksp.) hält eine Abänderung des sozialdemokratischen Gesetzesentwurfes im Sinne des Zentrumsantrages für notwendig. Die Sozialdemokraten sollten doch auch in diesem Falle an der Linie ihrer lokalen Politik festhalten und nicht die ihnen durch die Abwesenheit der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten angefallene künstliche Mehrheit ausnutzen.

Abg. Torgler (Komm.) nimmt an, daß das Verbot der Vorführung bei der Sozialdemokratie keinen Eindruck hinterlassen werde. Die Kommunisten verlannten die völlige Befreiung des ungelassenen Filmgeschäftes; dem sozialdemokratischen Antrag würden sie zustimmen.

Abg. Demmer (Staatsp.) stimmt für seine Fraktion dem ersten Teil des Zentrumsantrages, der die Maß-Vorschrift durch eine Kann-Vorschrift ersetzt, zu. Damit erwidere sich der rechte Teil des Zentrumsantrages. Der Remarque-Film widerspreche übrigens keineswegs dem Ehrgefühl des deutschen Volkes. Der sich, wie insbesondere die Abgeordneten der Rechten, so laut zur Wehrhaltung unseres Volkes bekennende, habe auch die Pflicht, einen Film wie den Remarque-Film, als zulässig zu erachten, der die Schrecken des Krieges wahrheitsgetreu schildere.

Damit schließt die Aussprache. — Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur

Änderung des

Gesetzes

über die privaten Versicherungsunternehmungen.

Der Entwurf verschärft die Versicherungsaufsicht und bezieht auch die Bauparkassen in das Gesetz ein.

Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) bedauert, daß das Bauparkassenwesen nicht in einem besonderen Gesetz geregelt werde. Die Bauparkassen seien zu einem öffentlichen Skandal geworden durch die Propaganda, mit denen sie den unerfahrenen armen Leuten die letzten Pfennige aus der Tasche zögen.

Damit schließt die Aussprache. — Die Abstimmungen werden ebenfalls zurückgestellt.

Die Beratungen werden dann unterbrochen zur

Annahme der zurückgestellten

Abstimmungen.

Entsprechend dem Aufschubantrag wird der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Lohnsteuer, Erhöhung des steuerfreien Einkommensminimums und Ausdehnung der sozialen Abzüge auf Einkommen bis zu 5000 RM, gegen die Antragsteller abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird der kommunistische Antrag auf Erhebung der sogenannten „Millionsteuer“ mit 279 gegen 61 Stimmen der Antragsteller abgelehnt. U. a. sollten danach alle Vermögen über 500 000 RM, einer einmaligen Steuer von 10 v. H. und alle Dividenden, Aufsichtsratsanteile usw. gleichfalls einer Steuer in Höhe von 10 v. H. unterworfen werden.

Endgültig angenommen wird in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Christlich-Sozialen und einiger Abgeordneter des Zentrums bezw. der Bayerischen Volkspartei der sozialdemokratische Gesetzesentwurf über Erhöhung der Aufsichtsratssteuer von 10 auf 20 v. H.

Demselben wird in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen der Gesetzesentwurf über einen 10prozentigen Einkommensteuernachschlag für Einkommen über 20 000 RM. Die Erträge dieses Nachschlages sollen den Ländern mit der Maßnahme zuzuführen, sie an die Gemeinden zur Deckung der Unterhaltungen für Wohlfahrtsverbände zu überweisen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag

gegen Reichsfinanzminister Dietrich wird mit 246 gegen 59 Stimmen der Antragsteller bei 35 Enthaltungen der Wirtschaftspartei und des Landvolkes abgelehnt.

Mit 192 Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und einzelner Abgeordneter anderer Parteien gegen 148 Stimmen bei 2 Enthaltungen findet eine kommunistische Entschließung Annahme, die

Offenlegung der Steuerlisten

durch Änderung der Reichsabgabenordnung verlannt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über eine kommunistische Entschließung, nach der zur

Senkung der Neubausmieten

für alle nach dem 1. April 1924 erstellten Wohnbauten eine Befreiung von der Grundsteuer der Länder und Gemeinden ab 1. April 1931 in Kraft treten soll. Ferner soll danach zur Senkung der Mietmieten auf 100 v. H. der Friedensmiete die Hausinspektoren um 20 v. H. herabgesetzt werden.

Die Entschließung wird mit 189 gegen 149 Stimmen angenommen.

Zahlreiche Anträge werden den Ausschüssen überwiesen. Bei den Abstimmungen über die

Novelle zum Lichtspielgesetz

wird zunächst der Antrag der Konservativen, die ganze Vorlage dem Bildungsausschuß zu überweisen, abgelehnt.

Annahme findet der erste Teil des Zentrumsantrages, wonach verbotene Bildkreise zur Vorführung vor bestimmten Personenzuständen zugelassen werden können. Der zweite Teil des Zentrumsantrages wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Staatspartei abgelehnt.

In der Schlussabstimmung wird das Gesetz darauf mit der Kann-Vorschrift angenommen.

Angenommen wurden in zweiter und dritter Beratung die Novelle zum Fleischbeschaugesetz und die Novelle zum Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen, zusammen mit einer Entschließung, nach der bei Zulassung und Beauftragung der Abonnentenversicherung geprüft werden soll, ob Leistung und Gegenleistung der Abonnenten in einem ausreichenden Verhältnis zueinander stehen und ob hinreichender Schutz gegen Verwirkung des Anspruches mangels Zahlung des Abonnementsbeitrages gegeben ist.

ndtag.
ordneten
ember er
eben ein
artefizien
aber der
andmann,
war sei
nachdem
der na
amen für
bahl hatte
nnen er
getiel ab
im ersten
idmann
den, daß
nationsar
Christi
meinschaft
ichte, daß
parteiliche
gekümmt
sich aus
n Ehren
der Tat
be. Diese
Sachlich
in zwei
dich: So
Abgeord
fall. Die
na glaube
wurf ge
na abge
age gegen
erschlagen
in. Das
agten ab,
Bchaupt
erbringen
wurde von
Der Bez
Beleidig
Gefängn
unsbesch
gebilligt
nicht Auf
stammen
dage habe
i und die
nommen
ank die
wird eine
hüte er
n dürfen,
er Tafel
den, daß
gen ein
unpungen
er Tafel
der aute
er Straf
Prozess
die for
Becklage
henhain.
unregel
rt):
75—0,90
26,50
15,00
50—7,80
10,00
50—6,80
70—7,00
30—2,60
sch am
(fremde),
Pische:
Schellfisch,
g., Rind
Schinken,
80—100
80 Pf.,
20 Pf.,
traut, hie
15 Pf.,
15 Pf.,
0 bis 80
Schwarz
85 Pf.,
3. 31
+ 86
+ 62
+ 74
+ 92
+ 141
+ 93
+ 76
+ 104
+ 58
+ 10
sicht au
den plus
ch. Das
es. Die
sichten:
ankenden